

**Krieg den Hütten**

Die brasilianische Polizei stürmt ein von Drogenbanden besetztes Elendsviertel in Rio de Janeiro – die Stadt wird olympiatauglich gemacht **Seite 13**

# Politik

www.ftd.de/politik

## Union plant Angriff auf Solarbranche

Energiepolitiker wollen teuren Boom mit Extra-Kürzung bremsen // Regierung und Branche verhandeln bereits

Nikolai Fichtner, Berlin

In der Unionsfraktion gibt es Pläne, den Ausbau von Solaranlagen mit einer außerplanmäßigen Subventionskürzung zu bremsen. Es bestehe immer noch „eine massive Überförderung, die zu Fehlreizen führt“, heißt es in einem Brief des energiepolitischen Sprechers Thomas Bareiß (CDU) an Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und die Fraktionsführung. „Unter finanziellen und technischen Gesichtspunkten droht der derzeitige, kaum gebremste Ausbau der Photovoltaik aus dem Ruder zu laufen.“ Der Brief liegt der FTD vor.

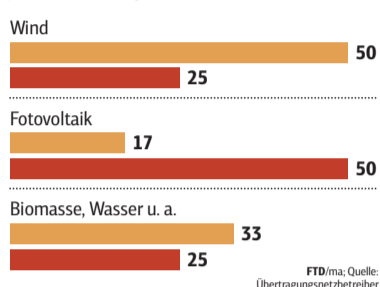
Politik und Branche leiden derzeit an den Folgen des Solarbooms. 2010 hat sich die Zahl der Solaranlagen in

Deutschland fast verdoppelt. Aufgrund der hohen Fotovoltaik-Vergütung steigt die Ökostrom-Umlage, die alle Kunden mit ihrer Stromrechnung bezahlen, zum Jahreswechsel von 8 auf 13 Mrd. Euro pro Jahr. Ein Durchschnittshaushalt zahlt dann 12 statt 7 Euro pro Monat. Um die Akzeptanz der erneuerbaren Energien nicht zu gefährden, will die Politik eine Fortsetzung des Booms 2011 verhindern. Hinter den Kulissen verhandeln Vertreter der Solarbranche bereits mit dem Umweltministerium über Wege, den Ausbau zu begrenzen.

Ob die Bundesregierung nun dem Aufruf aus der Fraktion folgt, wird sie nach taktischen Erwägungen entscheiden. Derzeit ringen in der Koalition zwei Strömungen miteinander: Die einen fürchten, nach der Verlä-

**Hohe Kosten, wenig Strom**

Anteil alternativer Energien an Ökostrom-erzeugung und an Vergütungskosten, jeweils in % (Prognose 2011)



FTD/ma, Quelle: Übertragungsnetzbetreiber

gerung der Atomlaufzeiten und mit Blick auf die Landtagswahl in Baden-Württemberg als Totengräber des Ökostroms dazustehen. Andere glauben, dass der traditionell große Widerstand gegen Kürzungen beim Solarstrom angesichts der neuen Milliardenbelastung bröckelt.

Die entscheidende Frage ist, ob der teure Boom 2011 weitergeht. Offiziell strebt die Bundesregierung einen jährlichen Zubau von Solaranlagen mit einer Leistung von 3500 Megawatt an – so viel wie drei Kernkraftwerke. Die Netzbetreiber prognostizieren ein Wachstum von 9500 Megawatt. Damit würde jedes zweite Solarmodul weltweit in Deutschland gebaut und bezahlt werden. Auch im Umweltministerium vermutet man ein ungebremstes Wachstum, da sich

die weltweiten Produktionskapazitäten seit 2008 verdoppelt haben. Der Branchenverband BSW schätzt den Zubau dagegen auf lediglich 6000 Megawatt. Damit würden die Mehrkosten im Rahmen bleiben.

Die Politik will jedoch sicherstellen, dass der Ausbau tatsächlich gebremst wird. Unionspolitiker Bareiß fordert darum eine „Begrenzung der jährlichen Zubauemenge“. Konkret solle die turnusmäßige Kürzung der garantierten Solarvergütung zum 1. Januar 2011 aufgrund des Booms etwas höher ausfallen als geplant. Je nachdem, wie stark sich der Ausbau im Frühjahr fortsetzt, müsse man die Vergütung Mitte 2011 zusätzlich kürzen. Auch eine pauschale Begrenzung des Zubaus auf etwa 3000 Megawatt müsse geprüft werden, so Bareiß.

## Schweizer votieren gegen Mindeststeuer

Wirtschaft erleichtert // Schärfere Ausländerrecht

Tobias Bayer, Zürich

Die Schweizer Bürger haben sich mit klarer Mehrheit gegen eine Mindeststeuer für Reiche entschieden. Über 58 Prozent der Eidgenossen lehnten gestern die Steuerinitiative der sozialdemokratischen SP ab. Sie sah vor, Einkommen von 250 000 Franken mit mindestens 22 Prozent und Vermögen von 2 Mio. Franken mit mindestens fünf Promille zu besteuern. Dagegen setzte sich die rechtskonservative SVP mit ihrer Ausschaffungsinitiative durch. Straffällige Ausländer können nun künftig leichter in ihre Heimat abgeschoben werden.

Die Schweizer Wirtschaft kann aufatmen. Der Lobbyverband Economiesuisse und die „IG gegen wirtschaftsfeindliche Initiativen“ hatten vor der Abstimmung vor ökonomischen Konsequenzen gewarnt. Hätte die SP Erfolg gehabt, wäre es mit dem Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen vorbei gewesen. Vermögende Privatpersonen und Unternehmen hätten der Schweiz den Rücken gekehrt, hatten Firmenvertreter argumentiert. Alfred Schindler, Verwaltungsratspräsident des gleichnamigen Liferherstellers, drohte in einem Interview sogar mit seinem Wegzug.

**Probleme in Steuerparadiesen**

Die Schweizer Kantone haben im Gegensatz zu den Bundesländern viel Autonomie in der Steuerpolitik. Sie bestimmen die Höhe der Einkommen- und Vermögensteuer. Dadurch können sie in Konkurrenz zueinander treten. Als Niedrigsteuernkantone gelten beispielsweise Obwalden, Nidwalden, Schwyz und Zug. Sie werben so um die Gunst internationaler Unternehmen und Holdinggesellschaften.

Die Finanzlage in den Steuerparadiesen hat sich allerdings verschlechtert. Schwyz veranschlagt für das kommende Jahr ein Rekorddefizit von über zehn Prozent des Budgets. Neben Steuerausfällen spielt aber auch der Finanzausgleich eine Rolle. Hier überweisen starke Kantone Geld an strukturschwache Regionen. Selbst die Gegner der Steuerinitiative sehen daher Handlungsbedarf. SVP-Ständerat Hannes Germann aus Schaffhausen, der Mitglied des Nein-Komitees gegen die Steuerinitiative war, hält es für sinnvoll, dass der tiefste Steuersatz nicht weniger als die Hälfte des höchsten betragen darf.

**Juristen rügen Abschiebung**

Rund 53 Prozent der Schweizer votierten für eine härtere Gangart gegen kriminelle Ausländer. Die Deutschschweiz stimmte fast geschlossen für die Ausschaffungsinitiative der SVP. Für die rechtskonservative Partei ist das nach dem Minarettverbot 2009 der zweite große Erfolg. Ausländer verlieren demnach ihren Rechtsanspruch auf Aufenthalt in der Schweiz, wenn sie wegen eines Tötungsdelikts, Vergewaltigung, Raub, Menschen- oder Drogenhandels oder Einbruchs rechtskräftig verurteilt sind. Nach der Ausweisung gilt ein Einreiseverbot von fünf bis 15 Jahren.

Aus Sicht von Juristen kann die Ausschaffungsinitiative so jedoch nicht umgesetzt werden. Sie verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und die Personenfreizügigkeit. „Die Initiative ist wegen der automatischen Abschaffung sehr problematisch“, sagte Cesla Amarelle, Professorin an der Universität von Neuchâtel und Expertin für Migrationsfragen. Die Menschenrechtskonvention schreibe vor, dass im Einzelfall überprüft werden müsse, ob im Heimatland des Betroffenen sichere Zustände herrschten.

Leitartikel: Seite 25

## Die nächste Generation

Gemeinsam mit seiner 17-jährigen Tochter **Annalena** hat Bundespräsident **Christian Wulff** die „Halle der Namen“ in Jad Vashem besichtigt. Zusammen mit zwei weiteren deutschen Jugendlichen legten die beiden zudem einen Kranz in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte nieder. „Ich wollte ein Signal gegenüber den israelischen Gastgebern setzen, dass Deutschland sich sehr wohl der Tatsache bewusst ist, dass man Geschichte von Generation zu Generation weiterzugeben hat“, sagte Wulff über seine Reisebegleitung. Die Israelis schienen diese Geste zu schätzen: Auch Israels Präsident Schimon Peres nahm an der Zeremonie teil, was die deutsche Seite als besonderen Ausdruck der Anerkennung wertete. Peres sagte: „Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, unsere Kinder zu erziehen, dass sie die Vergangenheit verstehen und Verantwortung für die Zukunft übernehmen.“

FTD, DPA



## Wikileaks verstreut massenhaft schmutzige Wäsche

Die US-Regierung fürchtet nach der Veröffentlichung Tausender interner Berichte um ihren Ruf. In den Depeschen kommen auch deutsche Politiker schlecht weg

Stefan Schaaf, Berlin

Die Internetplattform Wikileaks hat allein mit der Ankündigung, erneut eine große Zahl interner US-Regierungsdokumente zu veröffentlichen, für Alarm in den Hauptstädten der westlichen Welt gesorgt. Die Papiere enthalten negative Beurteilungen von führenden Politikern zahlreicher Staaten durch US-Diplomaten, darunter auch deutscher Regierungsmitglieder wie Außenminister Guido Westerwelle. Wikileaks-Chef Julian Assange sagte in einer Videoerklärung: „Das Material, das wir veröffentlichen wollen, deckt im Wesentlichen jedes wichtige Thema in jedem Land der Welt ab.“ Gestern Abend meldete Wikileaks, ihre Website werde von Hackern attackiert, um sie für Nutzer unerschließbar zu machen.

Schon seit Tagen streitet Assange mit US-Regierungsvertretern über die Folgen der angekündigten Veröffentlichung. Den US-Botschafter in Großbritannien, Louis Susman, forderte er auf, ihm die Namen der Personen zu nennen, die durch eine Veröffentlichung gefährdet würden. Er wolle dann über Streichungen nachdenken. Daraufhin warnte Harold Koh, der Rechtsberater des US-Außenministeriums, Wikileaks habe sich die Dokumente auf ge-

setzwidrigem Wege beschafft. In einem gestern veröffentlichten Schreiben an Assange verlangte Koh, das Material nicht zu veröffentlichen: „Es würde das Leben ungezählter unschuldiger Menschen, von Journalisten und Menschenrechtsaktivisten, über Blogger und Soldaten gefährden“, schrieb Koh. Auch laufende militärische Operationen seien durch eine Veröffentlichung bedroht. Kohs Appell kam wahrscheinlich ohnehin zu spät, denn die Dokumente lagen bereits der „New York Times“, dem „Guardian“ und dem „Spiegel“ vor, die schon frühere Wikileaks-Materialien ausgewertet hatten. Der Umfang wird Wikileaks zufolge siebenmal so groß sein wie die rund 400 000 Pentagon-Berichte, die im Oktober veröffentlicht wurden.

Die vehemente Reaktion von US-Regierungsvertretern steht im Kontrast zu der Bewertung der vorherigen Veröffentlichung interner Papiere über den Irak und Afghanistan durch die Internetplattform. Damals bestritten zahlreiche Experten und Kommentatoren, dass die Dokumente grundsätzlich neue Erkenntnisse gebracht hätten. Die Detailberichte militärischer Aktionen seien schwer zu überprüfen und oft aus subjektiver Warte verfasst.

Diesmal handelt es sich um interne Berichte und Einschätzungen von US-Diplomaten aus den Botschaften, die über das Datennetz SIPRNet der US-

*„Das Material, das wir veröffentlichen wollen, deckt im Wesentlichen jedes wichtige Thema in jedem Land der Welt ab“*

JULIAN ASSANGE, Wikileaks

Regierung übermittelt worden waren. Laut „Spiegel“ wurde Außenminister Westerwelle als „aggressiv“ und Kanzlerin Angela Merkel als „selten kreativ“ und risikoscheu charakterisiert. Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel galt als „schräge Wahl“. Unter den ausländischen Spitzenpolitikern wurde der russische Ministerpräsident Wladimir Putin als „Alpha-Rüde“ und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy als „Kaiser ohne Kleider“ bezeichnet.

US-Außenministerin Hillary Clinton bemühte sich telefonisch um Schadensbegrenzung. Im Auswärtigen Amt hieß es, sie habe bei einem Telefonat mit Westerwelle am Freitag ihr Bedauern über den Geheimnisverrat zum Ausdruck gebracht. US-Botschafter Philip Murphy schrieb in der Zeitung „Bild am Sonntag“, die Publikation der diplomatischen Depeschen werde auch für „mich persönlich unangenehm sein“. Er sei aber sicher, „dass die Freundschaft zwischen den USA und Deutschland diese Herausforderung überleben wird“.

Die „Washington Post“ berichtete von Papieren, in denen es heißt, dass die USA die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK unterstützt hätten. Ein Mitarbeiter des „Guardian“ kündigte an, man werde Depeschen aus der Londoner US-Botschaft veröffentlichen, die eine geringschätzige Beurteilung von Premierminister David Cameron enthalte.